

**A3**

# **Antrag**

**an die ordentliche Landesversammlung am 17./18.10.2015 in Bad Windsheim.  
Möglicher Antragsschluss für Änderungsanträge: 9. Oktober, 12 Uhr.**

**AntragsstellerIn:** Landesvorstand, Parteirat, LAK Energie, MdL Ludwig Hartmann, MdL Dr. Christian Magerl, MdL Martin Stümpfig

**Gegenstand:** **Große Kohle-Koalition stoppen – Den Weg für Klimaschutz frei machen**

---

## **Antragstext**

1 Der „Energiegipfel“ zwischen Horst Seehofer, Angela Merkel und Sigmar Gabriel  
2 Anfang Juli war ein Schlag gegen den Klimaschutz. Die 2017 beginnende und erst  
3 2024 abgeschlossene Überführung von alten Kohlekraftwerken in die Reserve und  
4 anschließende Stilllegung verzögert nicht nur die dringend notwendige Reduktion  
5 des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, sondern ist zudem ein vergoldeter Sargnagel für veraltete  
6 Klimakiller auf Kosten der StromverbraucherInnen. Deutschland und Bayern sind  
7 vom ehemaligen Vorreiter bei Kyoto unter anderem deshalb zum Bremser geworden,  
8 weil die Große Koalition und Seehofer als Lobbyisten der Energiekonzerne  
9 agieren. Insbesondere angesichts des seit Jahren vor sich hin dümpelnden  
10 Emissionshandels fordern die Grünen, Kohlekraftwerke unverzüglich mit einer CO<sub>2</sub>-  
11 Abgabe zu belegen - als sinnvolles Instrument für mehr Klimaschutz.

12 In wenigen Wochen werden in Paris die Verhandlungen über ein neues  
13 internationales Klimaschutzabkommen geführt. Ziel muss sein, dass sich die  
14 Staatengemeinschaft auf verbindliche CO<sub>2</sub>-Einsparziele einigt. Vom Erfolg oder  
15 Misserfolg dieses Treffens wird wesentlich das Erreichen des Zwei-Grad-Zieles  
16 abhängen und damit, ob und wie schnell die zunehmend bedrohlichere  
17 Klimazerstörung gestoppt werden kann, deren Vorboten wir in Form von sich immer  
18 stärker häufenden Extremwetter-Ereignissen ausgesetzt sind.

19 Braunkohle ist nicht nur der größte CO<sub>2</sub>-Emittent der deutschen Stromversorgung,  
20 sie ist auch das größte Hindernis für eine Energiewende. Ohne die  
21 Überkapazitäten durch zu viele Braunkohlekraftwerke würde die EEG-Umlage  
22 deutlich sinken, die bestehenden Gaskraftwerke wären besser ausgelastet und  
23 würden wieder schwarze Zahlen schreiben und die dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung

24 hätte bessere Chancen. Deutschland kann mit einem zügigen und geordneten  
25 Ausstieg aus der Kohle einen vorbildlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Die  
26 Grünen wollen deshalb innerhalb von acht Jahren die Braunkohleverstromung  
27 halbieren und bis 2030 komplett beenden. Wir wollen gleichzeitig den Dreck  
28 halbieren und das Risiko minimieren. Der großen Koalition fehlt hierzu jedoch  
29 gänzlich die Überzeugung, die Entschlossenheit und der Mut.

30 Den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung stoppt die Große Koalition faktisch. Durch  
31 Veränderungen der Berechnungsgrundlage wird das Ausbauziel eines KWK-Anteils von  
32 25 % kassiert und auf ca. 19 % reduziert. Wir Grüne fordern den deutlichen  
33 Ausbau der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung, eine dringend notwendige Maßnahme,  
34 um die Energiewende im Strombereich mit der Energiewende im Wärmebereich zu  
35 verbinden.

36 Seehofers Gaskraftwerkspläne sind wie Seifenblasen zerplatzt. Hatte Horst  
37 Seehofer im Jahr 2011 noch von fünf neuen Gaskraftwerken in Bayern geträumt,  
38 reduzierte er mittlerweile seine Wünsche auf zwei neue Gaskraftwerke. Doch auch  
39 diese bleiben auf absehbare Zeit mehr Wunsch als Wirklichkeit. Nicht zuletzt  
40 durch seinen Einsatz für die Braunkohle untergräbt Seehofer seine eigenen  
41 Gaskraftwerkspläne. Wir Grüne halten Gaskraftwerke als vorübergehende  
42 Reservekapazitäten für sinnvoll, wenn zuvor wichtige Schritte zu 100%  
43 Erneuerbare eingeleitet sind. Vorrangig sind jedoch: Energieeinsparung,  
44 Lastmanagement, Speicherentwicklung, ein rascher Ausbau der erneuerbaren  
45 Energien, ein sinnvoller Netzausbau und der radikale Abbau der bestehenden  
46 fossilen und nuklearen Überkapazitäten. Soweit Gaskraftwerke im Übergang vom  
47 fossilen zum post-fossilen Zeitalter erforderlich sind, sollte vorrangig auf  
48 Kraft-Wärme-Kopplung in möglichst dezentralen Einheiten gesetzt werden.

49 Nachdem die CSU vor Jahren selbst einen Ausbau großer Übertragungsleitungen  
50 gefordert hatte, ist ihre Blockadeshow beim Netzausbau zwar jämmerlich  
51 gescheitert, sie hat aber zu erheblichen Verzögerungen geführt. Innerhalb  
52 weniger Tage hat die CSU im Juli wieder eine 180-Grad-Wende vollzogen. Der  
53 Bedarf für weitere Übertragungsleitungen wird nun auch von ihr (wieder)  
54 anerkannt. Damit hat die CSU alle Bürgerinnen und Bürger für dumm verkauft, die  
55 sich gegen den Bau der Leitungen ausgesprochen hatten. Die Formel „2-x“, wurde  
56 kassiert, Seehofers x ist eine 0.

57 Wir Grüne in Bayern halten gemeinsam mit den Grünen im Bund und in den anderen  
58 Bundesländern den überregionalen Netzausbau für einen sinnvollen und wichtigen  
59 Baustein einer Energiewende hin zu 100 % Erneuerbaren Energien. Sowohl für den  
60 Transport von regionalen Überschüssen als auch für die Netzstabilität sind HGÜ-  
61 Leitungen ökologisch und ökonomisch vorteilhafte Projekte. In vernünftigen  
62 Umfang ist ihr Ausbau sinnvoll, weil ein gut ausgelegtes Stromnetz das starke  
63 und flexible Rückgrat der künftigen Stromversorgung aus Erneuerbaren Energien in  
64 Deutschland ist, gerade weil wir die Produktion von Strom aus Erneuerbaren  
65 Energien vorrangig dezentral und in BürgerInnenhand organisieren wollen. Zudem  
66 ist auf mittelfristige Sicht davon auszugehen, dass wir immer häufiger regionale  
67 - aber zeitlich versetzte - "Überproduktionen" von Strom aus Erneuerbaren  
68 Energien haben werden, die durch das Übertragungsnetz effizient ausgeglichen  
69 werden können. HGÜ-Leitungen als übergelagertes Netz über dem Wechselstromnetz  
70 haben dabei den Vorteil, dass sie wesentlich zur Spannungshaltung und

71 Netzstabilität beitragen. Zudem sind nach allen bisherigen Erkenntnissen  
72 gesundheitliche Auswirkungen deutlich geringer als bei den  
73 Wechselstromleitungen. Wir fordern bei der Planung der Übertragungsleitungen  
74 größtmögliche Transparenz und die Einbeziehung von Speichertechniken in die  
75 Berechnungen.

76 Wir Grüne hatten uns als erste für die Möglichkeit zur Erdverkabelung eingesetzt  
77 - anders als die CSU, die sie stets und auf allen Ebenen abgelehnt hat - im  
78 Bundestag, im Bundesrat und im Bayerischen Landtag. Es ist gut, dass die CSU  
79 auch hier ihren Widerstand aufgeben musste. Ob ein Erdkabel oder aber eine  
80 Freileitung mit einem geringeren Eingriff in die Umwelt verbunden ist und die  
81 bessere Lösung darstellt, das kann je nach örtlicher Gegebenheit  
82 unterschiedlich sein. Deshalb bestehen wir darauf, dass die Leitungen mit einer  
83 echten Bürgerbeteiligung geplant und die Landkreise bzw. regionalen  
84 Planungsverbände bei der Entscheidung für oder gegen Erdkabel einbezogen werden.

85 Die rückwärtsgewandte Energiepolitik der Großen Kohle-Koalition hat in den  
86 letzten zwei Jahren zu einem starken Rückgang des Ausbaus erneuerbarer Energien  
87 in Bayern geführt. Bei der Photovoltaik ist der massive Einbruch und der damit  
88 einhergehende Verlust von zahlreichen Arbeitsplätzen kein spezifisch bayerisches  
89 Problem sondern das Ergebnis falscher Weichenstellungen in Berlin. Anders bei  
90 der Windkraft: Es liegt an der Totalblockade der CSU-Landesregierung, dass in  
91 Bayern kaum noch neue Windräder gebaut werden. Die bayerischen Grünen fordern  
92 deshalb ein sofortiges Ende der 10H-Abstandsregelung für Windkraftanlagen in  
93 Bayern. Wir können und wollen beim Ausbau des sauberen Windstroms viel mehr für  
94 Bayern erreichen, bürgernah und dezentral. Unser Ziel ist es, die Blockade der  
95 Energiewende durch die CSU zu beenden für mehr Klimaschutz und für den Erhalt  
96 der Arbeitsplätze in dieser Zukunftsbranche.

97 Unsere Kritik an der Energiepolitik der Bundesregierung und der CSU-  
98 Staatsregierung wird von vielen Initiativen, Genossenschaften, Umweltverbänden,  
99 Kommunen und Unternehmen mitgetragen. Mit ihnen arbeiten wir gemeinsam für das  
100 Gelingen der Energiewende. Wir setzen uns ein für einen schnellen Kohleausstieg  
101 als Grundvoraussetzung für die Weiterentwicklung der Energiewende und für ein  
102 zukünftiges Strommarktdesign, das den weitgehend dezentralen Ausbau der  
103 erneuerbaren Energien in allen Teilen Deutschlands zum Ziel hat. Wir kämpfen für  
104 eine konsequente Energiewende im Strom-, Wärme- und Mobilitätsbereich.

105 Von der Klimakonferenz in Paris erwartet die Zivilgesellschaft ein verbindliches  
106 internationales Klimaschutzabkommen für die Zeit nach 2020, um die globale  
107 Erwärmung auf höchstens zwei Grad zu begrenzen. Wir Grüne sehen gerade Bayern  
108 als reiches Industrieland mit einem hohen Energieverbrauch in der Pflicht, vom  
109 Bremser zum Vorreiter zu werden und endlich ernsthaft klimapolitische  
110 Verantwortung zu übernehmen.